



Presseschau vom 12.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Epidemiologe Michael Toole: Bei der Entscheidung über Zulassung von Impfstoffen geht es um Politik**

In einem Interview mit RT sprach der australische Epidemiologe Michael Toole über die Bedenken von WHO und EU zu Sputnik V, darüber, warum er die Verwendung des russischen Impfstoffs befürwortet, und über die Wirksamkeit schneller, dafür kurzer Lockdowns. ... <https://kurz.rt.com/2mbn>

de.rt.com: **Linke will "Auftrag umgehend stoppen" – Aus für Sputnik V in Mecklenburg-Vorpommern?**

Vor wenigen Monaten sicherte sich Mecklenburg-Vorpommern eine Sputnik-Kaufoption über eine Million Dosen. Doch nun ist genügend Impfstoff vorhanden und gibt es zugleich eine Impfskepsis. Die Vorsitzende der Linksfraktion Simone Oldenburg fordert daher den Rücktritt vom Vertrag. ... <https://kurz.rt.com/2mb7>

Dimitri Lekuch: **Deutschland wird zum Big Player bei der Neuordnung des Erdgasmarktes in Europa**

Die Preisrekorde für Erdgas und unterfüllte Speicher in Europa treiben auch Strompreise und Wohnnebenkosten in die Höhe. Die ruhige Haltung der Energiekonzerne dabei lässt eine

Erklärung zu: Europas Gasmarkt wird an Deutschlands kommende Rolle als wichtigstes Transitland angepasst. ...

<https://kurz.rt.com/2m8v>

snews.de: **Tag der Jugend: 11 Fakten über „Generation Z“ in Deutschland**

Noch nie seit Beginn der Statistik gab es in Deutschland so wenig junge Menschen wie heute, teilte das Statistische Bundesamt zum Tag der Jugend mit. Diese und andere Fakten über die so genannte „Generation Z“ in Deutschland präsentieren wir Ihnen in der folgenden Auflistung. ...

<https://snews.de/20210812/tag-der-jugend-deutschland-3190668.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister: Taliban kontrollieren Grenzen zu Usbekistan und Tadschikistan**

Afghanistan fällt immer mehr unter die Kontrolle der radikalislamischen Taliban. Auch die Grenzen des Landes zu Usbekistan und Tadschikistan werden vollständig von ihnen kontrolliert. Die Terrororganisation versprach jedoch, diese nicht zu überqueren. Moskau bereitet sich dennoch darauf vor.

Die Taliban haben die vollständige Kontrolle über die Grenzen Afghanistans zu Usbekistan und Tadschikistan übernommen. Das teilte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Dienstag mit. Er wies darauf hin, dass die Terrororganisation versprochen habe, beide Grenzen nicht zu überschreiten. Während seiner Teilnahme an einem Jugendbildungsforum am Rande Moskaus sagte er:

"Für uns ist es wichtig [festzuhalten], dass die Taliban die Grenzen zu Usbekistan und Tadschikistan unter ihre Kontrolle gebracht haben."

Die Taliban, die in Russland als terroristische Organisation eingestuft sind, hätten "versprochen, keine Versuche zu unternehmen, die Grenze zu überschreiten und keine Angriffe auf benachbarte Gebiete zu verüben".

Zentralasien ist eine strategisch wichtige Region für Moskau. Russland ist seit jeher die führende Macht in der Region. Sowohl Usbekistan als auch Tadschikistan waren Teil der Sowjetunion. Heute gehört Tadschikistan der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an, einem Verteidigungspakt, der dem von den USA geführten NATO-Block ähnelt und sechs ehemalige Sowjetrepubliken umfasst. Usbekistan ist 2012 ausgetreten. Schoigu wies auch darauf hin, dass Moskau auf dem Territorium von zwei seiner OVKS-Verbündeten – Tadschikistan und Kirgisistan – Stützpunkte einrichten werde.

Angesichts des Anrückens der Taliban an die OVKS-Außengrenze führte die russische Armee mit usbekischen und tadschikischen Truppen Manöver durch. An den Übungen nahmen 2.500 Soldaten teil, darunter 1.800 aus Russland.

Die Lage in Afghanistan hat sich nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus dem Land verschärft. Seitdem die US-amerikanischen Truppen das Land verließen, haben die Taliban recht schnell weite Teile des Landes erobert. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters kontrolliert die Terrororganisation jetzt etwa 65 Prozent des Territoriums Afghanistans. In den letzten vier Tagen haben die Taliban acht Provinzhauptstädte eingenommen.

Im Anschluss an die Nachricht von den territorialen Zugewinnen der Terrormiliz erklärte US-Präsident Joe Biden, dass er den Truppenabzug nicht bedauere. Er forderte die Afghanen auf, sich gegen die Taliban zusammenzutun. Biden erklärte:

"Wir haben in über 20 Jahren über eine Billion US-Dollar ausgegeben. Wir haben über 300.000 afghanische Streitkräfte ausgebildet und mit moderner Ausrüstung ausgestattet."

"Sie müssen für sich selbst kämpfen. Kämpfen Sie für ihr Land!"



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6113a5a6b480cc16d252942c.JPG>

snews.de: **Moskau wertet Kiews Flugabwehr-Vorschlag als Provokation**

Kiew hat seinen Partnern in den USA vorgeschlagen, amerikanische Flugabwehrsysteme auf ukrainischem Boden zu stationieren. Das russische Außenministerium sieht den Vorschlag als abermaligen Beweis für den Willen der Kiewer Führung zur Provokation.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte am heutigen Mittwoch im russischen Fernsehen, der Vorschlag zur Stationierung amerikanischer Flugabwehrraketen in der Ukraine sei der Beweis dafür, „worüber wir seit Jahren sprechen, was Kiew aber zu entkräften sucht: nämlich der Beweis für die provokative Politik der Ukraine gegenüber Russland“.

Eine Politik dieser Ausrichtung sei nicht im Interesse der Ukrainer, das ukrainische Volk „braucht das nicht“. Erklärungen von der Art des Vorschlags zur Stationierung der Flugabwehr bedienten lediglich die Interessen einer Lobbygruppe des „kollektiven Westens“ mit ihrem Bemühen um die Destabilisierung der Lage in der Ukraine.

US-Flugabwehr in der Ukraine

Der ukrainische Vize-Premierminister Alexej Resnikow hatte im Gespräch mit dem amerikanischen Geopolitiker Glenn Howard, Präsident der Jamestown Foundation, am vergangenen Dienstag erklärt, dass man aus Sorge um die Sicherheit der Ukraine amerikanische Flugabwehrraketen auf ukrainischem Gebiet stationieren könne.

Resnikow, der im Kiewer Regierungskabinett unter anderem die „Reintegration der zeitweise besetzten ukrainischen Gebiete“ verantwortet, sagte in dem Gespräch, es sei wichtig, Sicherheitsmaßnahmen im Sinne der Ukraine zu erweitern, „durch den Einsatz von Luftverteidigungskräften und ja auch durch den Einsatz von US-Einheiten“. Die ukrainische Rechtslage lasse dies nach Darstellung des Vize-Premiers zu.

Kiews „fataler Fehler“

Als Grund für seinen Vorstoß nannte Resnikow die angeblichen Pläne Moskaus zur Verlegung von Kernwaffen auf die Halbinsel Krim. In Kiew sei man diesbezüglich „besonders besorgt“. Mitte April hatte der ukrainische Verteidigungsminister Andrej Taran in einer Rede vor dem EU-Parlament gesagt, Russland bereite die Krim auf die mögliche Stationierung von Atomwaffen vor. Belege dafür legte er nach Informationen von Reuters nicht vor. Zuvor hatte der Fraktionsvorsitzende der ukrainischen Regierungspartei „Diener des Volkes“, David Arachamija, im ukrainischen Fernsehen gesagt, es sei ein fataler Fehler der Ukraine gewesen, auf Kernwaffen zu verzichten. Damit habe Kiew sich selbst die Möglichkeit genommen, die ganze Welt unter Druck zu setzen, sagte der ukrainische Regierungspolitiker. „Wir hätten die ganze Welt erpressen können, man hätte uns Geld für den Unterhalt gegeben, wie es jetzt in vielen anderen Ländern geschieht.“



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bab2f752f78881eb7aa761f78fd8f254.jpg

snaneews.de: **Pentagon meldet Versuchsstart ballistischer Interkontinentalrakete**

Die USA haben eine ballistische Interkontinentalrakete vom Typ Minuteman III getestet, die einen nuklearen Sprengkopf tragen kann, teilte das Pentagon am Mittwoch mit.

„Die Piloten der 576. Teststaffel haben mit unseren Missionspartnern aus ‚Space Launch Delta – 30‘ zusammengearbeitet, um den Teststart einer Rakete Minuteman III durchzuführen“, teilte das US-Verteidigungsministerium auf seiner Twitterseite mit.

Im Pentagon wurde die Zuversicht geäußert, dass solche Tests es ermöglichen, die Einsatzbereitschaft von Waffensystemen dieser Art zu überwachen und „die Verbündeten unseres Landes davon zu überzeugen, dass unsere nuklearen Abschreckungsmittel gefahrlos, zuverlässig und effektiv sind“.

Bodengestützte ballistische Drei-Stufen-Interkontinentalraketen aus der Minuteman-Familie waren ursprünglich für die nukleare Abschreckung während des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion bestimmt. Heute ist Minuteman III der einzige Raketentyp dieser Art im Dienst der US-Streitkräfte.

Nach Angaben aus offenen Quellen verfügen die USA über insgesamt 450 Minuteman-III-Raketen. Die US-Armee ist seit 1970 mit solchen Raketen ausgerüstet. Deren Produktion wurde Ende 1978 eingestellt. Die Rakete hat eine Reichweite von 12.000 Kilometern.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/09/846396_0:82:1920:1162_1920x0_80_0_0_9dca0ac07f568dc0b26872e7d9ed1c9a.jpg

snaneews.de: **USA beschuldigen Kuba der Unterdrückung von Protesten**

Das Außenministerium in Washington hat den kubanischen Behörden am Mittwoch

vorgeworfen, die Proteste in ihrem Land zu unterdrücken, und mit Anwendung des „Magnitsky Act“ gedroht, der die Einführung von Sanktionen möglich macht. „Bisher sollen am 11. Juli mehr als 800 Kubaner wegen friedlicher Demonstrationen inhaftiert worden sein, einigen Berichten zufolge sind es aber Hunderte mehr“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price bei einem Briefing. Man habe die Macht der internationalen Diplomatie genutzt und Länder auf der ganzen Welt zusammengebracht, um sich für das kubanische Volk auszusprechen, so Price, und die gewaltsame Reaktion des Regimes auf Proteste zu verurteilen. „Wir ziehen Teilnehmer der Repression für Menschenrechtsverletzungen durch das Sanktionsprogramm des globalen Magnitsky Act zur Rechenschaft“, betonte er. Die ersten Massenproteste seit vielen Jahren fanden am 11. Juli in zehn Gemeinden Kubas statt. Zu den Forderungen der Demonstranten gehörten „freie Wahlen“ und die Lösung sozialer Probleme. Unterstützer der Regierung hielten ihre eigenen Märsche ab, nachdem der Präsident dazu aufgerufen hatte, auf die Straße zu gehen. Laut kubanischen Behörden standen die Vereinigten Staaten hinter den Protesten in Kuba; Washington bestritt diese Worte und nannte sie einen „schweren Fehler“. Die US-Behörden erklärten, dass sich die Proteste in Kuba auf die weitere US-Politik gegenüber diesem Land auswirken würden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/14/1790138_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_05ade0a36b4f69c5cae4478b75875531.jpg

vormittags:

lug-info.com: Der 102. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums ist heute in Lugansk eingetroffen. Drei Lastwagen haben medizinisches Material und Medikamente geliefert. Es handelt sich um Impfungen für Kinder gemäß dem Impfplan, außerdem Medikamente vor allem zur Behandlung von Krebskrankheiten und für Dialysepatienten.

Dan-news.info: Der 102. russische humanitäre Konvoi ist heute in der DVR eingetroffen. Insgesamt vier Lastwagen haben Impfstoffe gegen Masern, Mumps, Röteln und Pneumokokken, Medikamente zur Behandlung von Krebserkrankungen, Bluterkrankungen und Diabetes, Schmerzmittel, neurologische, antibakterielle Medikamente und Medikamente zur Behandlung von multipler Sklerose geliefert. Außerdem wurde medizinisches Material für Dialyse-Abteilungen geliefert.

de.rt.com: Impfquote unterschätzt? Laut RKI gibt es mehr Geimpfte als offiziell gemeldet

Die tatsächliche Impfquote in Deutschland liegt wohl höher als offiziell gemeldet. Eine

Impfquotenerhebung des Robert Koch-Instituts ergab einen weit höheren Wert. In der Befragung gaben 79 Prozent der 18- bis 59-Jährigen an, geimpft zu sein. Laut Impfdashboard sind es nur 59 Prozent.

Laut einer Modellrechnung des Robert Koch-Instituts (RKI) haben die Impfungen gegen das Coronavirus 38.300 Menschen vor dem Tod durch COVID-19 bewahrt. Ohne die Impfkampagne hätte es im Zuge der dritten Welle 28.492 Neuinfektionen pro Tag gegeben. Derzeit wird vor einer Pandemie der Ungeimpften gewarnt und Druck gemacht, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen. Es breitet sich die Delta-Variante aus, heißt es. Die Ministerpräsidentenkonferenz beschloss hierauf das Ende der kostenlosen Tests für Nicht-Geimpfte. Die Zahl der tatsächlichen Impffzahlen scheint jedoch höher zu sein als offiziell gemeldet.

Bei der Interpretation von Impfquoten-Daten meldet das RKI eine "gewisse Unsicherheit". Mehrere Überlegungen legen nahe, dass die Meldungen im sogenannten Digitalen Impfquotenmonitoring (DIM) die Impfquoten vermutlich unterschätzen, geht aus einem RKI-Report vom Dienstag hervor. Vor allem unter jungen Erwachsenen und Erwachsenen im mittleren Alter könnten demnach schon mehr Menschen eine erste Impfung erhalten haben als offiziell verzeichnet.

Das DIM speist sich aus Meldungen von Impfzentren, Krankenhäusern, mobilen Impfteams und mittlerweile auch Betriebsmedizinern, laut RKI fließen zudem Daten der niedergelassenen Ärzte und Privatärzte ein. Zusammen bilden sie die Grundlage für das sogenannte Impfdashboard. Daneben gibt es noch eine weitere RKI-Erhebung namens Covimo, für die Impfquoten anhand von Befragungen hochgerechnet werden.

In der jüngsten Covimo-Erhebung von Ende Juni bis Mitte Juli unter rund 1.000 Erwachsenen hat sich laut Report eine Diskrepanz zum DIM ergeben. Die Quote der mindestens einmal Geimpften fiel dabei "um einiges höher" aus, besonders in der Altersgruppe der 18- bis 59-Jährigen: Während in der Befragung 79 Prozent angaben, geimpft zu sein, waren es laut Meldesystem 59 Prozent. Die Autoren des Reports schreiben, die tatsächliche Impfquote liege vermutlich zwischen den Werten beider Quellen.

"In Bezug auf die Impfquoten zu vollständig Geimpften lag hingegen kein wesentlicher Unterschied vor", heißt es im Report. Eine gewisse Untererfassung in solchen Überwachungssystemen gilt für Fachleute auch als erwartbar.

Es werden verschiedene Erklärungsansätze angeführt. Ein Punkt ist die Erfassung der Impfungen mit Johnson & Johnson, bei denen nur eine Dosis für den vollen Schutz vorgesehen ist. Vertragsärzte meldeten diese Immunisierungen ausschließlich als zweite Impfdosen, zudem sei keine Zuordnung von Impfstoff und Altersgruppe möglich, erläutert das RKI. Inzwischen ist in den DIM-Daten ein Hinweis zu finden, dass die Impfquoten der mindestens einmal geimpften Erwachsenen nach Altersgruppe "systematisch zu niedrig ausgewiesen" werden.

Im Report heißt es darüber hinaus, dass bisher nur etwa die Hälfte der beim Meldesystem registrierten Betriebsärzte Impfungen über die Webanwendung meldeten. "Dies könnte ein Hinweis auf eine Untererfassung der Impfquoten durch DIM sein."

Die RKI-Fachleute diskutieren weitere denkbare Einflussfaktoren: etwa potenzielle Verzerrungen in der Befragung, die zu einer Überschätzung der Quote führen könnten. So sei etwa anzunehmen, dass Menschen, die Impfungen befürworten, eher mitmachen als Verweigerer. Auch Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse hätten nicht an den Interviews teilnehmen können. Für beide Aspekte geben die Autoren zu bedenken, dass dann auch bei den vollständig Geimpften eine größere Abweichung zwischen den Quellen hätte auftreten müssen.

In dem Bericht zur Befragung heißt es, dass demnach 91,6 Prozent impfbereit oder bereits geimpft seien. "Die COVID-19-Impfbereitschaft der Bevölkerung liegt auf einem hohen Niveau."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611380b848fbef3f146dc66d.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurde **Nishneje Losowoje** unter Einsatz von Granatwerfern (drei Schüsse), dabei wurde ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 11. August 3:00 Uhr bis 12. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Jasinowataja, Luganskoje, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 28.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snews.de: „Werden keinen Cent mehr geben“: Maas erklärt Unterstützungsstopp für Afghanistan bei Taliban-Sieg

Bundesaußenminister Heiko Maas hat im ZDF-„Morgenmagazin“ am Donnerstag über die Lage in Afghanistan nach dem Truppenabzug der Nato sowie die Zukunftsaussichten für das Land inmitten der Taliban-Offensive gesprochen.

Die radikal-islamistischen Taliban haben seit dem Abzug westlicher Streitkräfte bereits neun Provinzen Afghanistans erobert. Daher die Frage der Moderatorin an Maas: „Wie konnten Sie

die Lage so falsch einschätzen?“

Dazu erklärte der SPD-Politiker, diese Einschätzung sei nicht nur von Deutschland, sondern von der gesamten Nato vorgenommen worden. Es sei die Entscheidung der USA gewesen, ihre Kräfte aus Afghanistan abzuziehen, was den Rückzug anderer Nato-Mitgliedstaaten bedingt habe – „ohne die amerikanischen Fähigkeiten (...) kann keiner alleine seine Soldatinnen und Soldaten sicher hinschicken“.

Allerdings räumte Maas ein, dass in den zwanzig Jahren des Bundeswehr-Einsatzes im Land wesentliche Fortschritte gemacht wurden. Die Lebenserwartung und das Durchschnittseinkommen seien gestiegen, die Kindersterblichkeit sei gesunken, und auch bei Rechten für Frauen und Mädchen sei viel erzielt worden.

Die Taliban, die als Gefährder dieser Fortschritte angesehen werden, würden das Land laut Maas aber nicht alleine übernehmen. „Sie wollen Teil der Regierung sein, ein mächtigerer Teil.“ Es gehe darum, wie die Verfassung eines solchen Staates unter Taliban-Beteiligung aussehen würde – ein Kalifat zum Beispiel würde Deutschland laut Maas „nicht mittragen“.

„Dieses Land ist ohne internationale Hilfe nicht lebensfähig. Wir geben jedes Jahr 430 Millionen Euro, wir werden keinen Cent mehr nach Afghanistan geben, wenn die Taliban dieses Land komplett übernommen und die Scharia eingeführt haben“, erläuterte Maas.

Die Taliban wissen diese Tatsache, so der Außenminister, und würden deswegen, „wenn sie mitregieren wollten (...), auch darauf angewiesen werden, dass sie weiter internationale Unterstützung bekommen“.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0c/3188488_0:0:3279:1844_1920x0_80_0_0_c69080b48b1f80ded404d0775f110ed5.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. August um 9:00 Uhr 7512 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5941 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 690 Todesfälle.

snanews.de: **Nato-Luftaktivität über Schwarzem Meer hat sich verdreifacht**

Die Intensität der Flüge von Nato-Aufklärern über dem Schwarzen Meer hat sich in diesem Jahr fast verdreifacht. Dies erklärte der Kommandeur der vierten Armee der Luftstreitkräfte und Flugabwehr des Militärbezirks Süd, Nikolaj Gostew.

Laut seinen Worten zeigen die Nato-Länder in der letzten Zeit sehr starkes Interesse an den südlichen Grenzen Russlands.

„Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Intensität der Flüge durch die Nato-Aufklärungsflierei im Gewässer des Schwarzen Meeres knapp um das Dreifache vergrößert“, wird er von russischen Medien zitiert.

Ferner präzisierte Gostew: Während es 2019 noch 270 Aufklärungsflüge durch westliche „Partner“ gab, lag diese Zahl im Jahre 2020 bei etwa 530. Seit Anfang dieses Jahres wurden demnach bereits mehr als 560 Flüge registriert.

An Aufklärungsflugzeuge und Drohnen der USA schlossen sich laut seinen Worten auch französische Maschinen sowie taktische Nato-Luftstreitkräfte an.

„Keiner dieser Flüge bleibt unbemerkt, die Mittel der Flugabwehr (...) beobachten rund um die Uhr solche Flüge, und wir reagieren auf diese rechtzeitig, wobei wir alle internationalen Regeln befolgen, um eine Verletzung des russischen Luftraums verhindern zu können.“

Die diensthabenden Luftverteidigungskräfte stiegen demnach 15 Mal auf, um ausländische Maschinen zu identifizieren und zu begleiten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0c/3189381_0:0:682:384_1920x0_80_0_0_3a1d3dc031eb9d1a2d77cc46cf8ea15.jpg

Mzdnr.ru: Am 11. August wurden in der DVR 848 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 290 positiv, bei 116 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 12. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 51.220 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5120 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 42.341 als gesund entlassen, es gibt 3759 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 196 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 1 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 120 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1987 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 777 mit Sauerstoffunterstützung (+59 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2217 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

de.rt.com: **Taliban bestreiten Massaker-Vorwürfe und erobern weitere wichtige Provinzhauptstadt**

Die radikalislamistischen Taliban haben Berichte dementiert, denen zufolge sie für die Tötung von Zivilisten verantwortlich sind. Sie forderten eine unabhängige Untersuchung. Derweil verläuft ihre Offensive gegen die Kabuler Regierung weiterhin erfolgreich.

Die radikalislamistischen Taliban haben am Mittwoch Berichte dementiert, denen zufolge sie verantwortlich für gezielte Angriffe auf und Tötungen von Zivilisten während ihrer Offensive gegen die Militärverbände der Kabuler Regierung sind, wie der chinesische Sender CGTN berichtete. Um die Vorwürfe zu widerlegen, forderten sie eine unabhängige Untersuchung.

Zudem versicherten sie, dass "kein Haus oder keine Familie" etwas von der Taliban zu befürchten habe.

Zuvor hatten die Vereinten Nationen berichtet, dass im letzten Monat mehr als 1.000 Zivilisten getötet worden seien. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes teilte mit, dass seit dem 1. August über 4.000 Verletzte behandelt worden seien.

Die Taliban hatten Anfang Mai ihre militärischen Aktivitäten gegen die Zentralregierung verstärkt, nachdem der Abzug der westlichen Truppen aus dem Bürgerkriegsland, die sich dort 20 Jahre befanden, begonnen hatte. Innerhalb der letzten Woche gelang es den Taliban, zehn Provinzstädte zu erobern. Zudem konnten Islamisten fast 200 ländliche Bezirke erobern. Berichten zufolge kontrollieren die Taliban inzwischen flächenmäßig die Mehrheit des Landes – etwa 65 Prozent.

Am Donnerstag gab die Gruppe laut der türkischen Agentur Anadolu bekannt, dass sie die strategisch wichtige Provinzhauptstadt Ghazni, die die südlichen und westlichen Gebiete Afghanistans mit der Hauptstadt Kabul verbindet, erobert haben. Die Stadt ist nur 150 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Die Eroberung verkündete der Taliban-Sprecher Zabiullah Mujahid auf Twitter. Er teilte Bilder von Taliban-Kämpfern, die sich anscheinend durch die Stadt bewegten. Bei der Eroberung hätten sich eine große Anzahl von Regierungstruppen ergeben oder seien getötet worden. Ein Lokalpolitiker bestätigte die Eroberung der Stadt. Sie sei als Teil eines Abkommens zwischen den Taliban und des Provinzgouverneurs an die Islamisten übergeben worden.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan verkündete am Mittwoch, dass seine Behörden auf ein Treffen mit der Taliban-Führung hinarbeiten würden. Sein Ziel sei es, für eine politische Lösung des Bürgerkrieges einzutreten. Man müsse auf die Taliban Einfluss nehmen, sonst sei es nicht möglich, in Afghanistan den Frieden zu sichern.

Bundesaußenminister Heiko Maas warnte derweil am Donnerstag die Taliban davor, in dem Land ein Kalifat zu errichten. Ein solcher Schritt würde zur Einstellung der deutschen Entwicklungshilfe führen. Deutschland unterstützt Afghanistan jährlich mit 430 Millionen Euro. Die Taliban seien sich dessen bewusst. Daher geht Maas davon aus, dass sich die Taliban an der Regierung in Kabul beteiligen werden, mit dem Ziel, sie zu dominieren. Perspektivisch sei die Frage nach der genauen Ausgestaltung der afghanischen Verfassung am wichtigsten, insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6114eac248fbef3f5405683f.JPG>

snanews.de: **Sicherheit der Ukraine in Gefahr? Nato warnt vor Manöver von Russland und Belarus – „Sapad 2021“**

Im September wollen die Streitkräfte von Russland und Belarus beim Manöver „Sapad 2021“ gemeinsam üben. Das beunruhigt angeblich die Nato wegen der Nachbarschaft zum Mitglied Polen, aber auch zum Baltikum. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg nimmt deshalb den

Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko, ins Visier.

Die Nato kritisiert das für Mitte September angekündigte Militär-Manöver „Sapad 2021“ zwischen Russland und Belarus. Da es vor allem in Belarus – also in direkter Nähe der Nato-Staaten wie Polen, Estland, Lettland und Litauen abgehalten wird – zeigt sich Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg besorgt.

Die Militär-Übungen „Sapad 2021“ werden vom 10. bis 16. September in Russland und Belarus abgehalten. Im Rahmen der Vorbereitung traf Ende Juli russisches Militär in der belarussischen Stadt Brest ein, nahe der polnischen Grenze.

Bei dem Manöver werden laut russischen Medien 12.800 Soldaten in Belarus, darunter 2500 aus Russland, sowie 140 Panzer, 110 Artilleriegeschütze, 30 Flugzeuge und Helikopter eingesetzt. Geübt wird danach hauptsächlich auf belarussischem Territorium.

„Der Nato-Chef weist auf baltische Spannungen vor der Militärübung ‚Sapad‘ hin“, titelt am Mittwoch das US-regierungsnahe Nachrichtenportal für militärische Informationen, „Defense News“. Stoltenberg sagte, das transatlantische Bündnis werde die „hybriden Aktivitäten von Belarus gegen das Nato-Mitglied Litauen genau im Auge behalten“. Besonders dann, wenn im nächsten Monat Russland und Minsk ihr Manöver durchführen.

Am Montag twitterte Stoltenberg, er habe mit dem litauischen Präsidenten Gitanas Nauseda über das Verhalten von Belarus unter Präsident Alexander Lukaschenko gesprochen.

Dabei kritisiert er auch den durch den belarussischen Staatschef angeblich verursachten „Migrationsdruck“. „Die Nato beobachtet die Situation genau und überlegt, wie wir unseren Verbündeten weiter unterstützen und die Sicherheit in der Region aufrechterhalten können“, schrieb der Generalsekretär des Nordatlantischen Bündnisses.

Weitere Nato-Politiker wie der Außenminister Lettlands, Edgar Rinkevics, kritisieren bereits seit Tagen das geplante Manöver. Er griff im gleichen Atemzug Lukaschenko für dessen umstrittene Flüchtlingspolitik an.

Seit Wochen ziehen Flüchtlingsströme aus dem arabisch-asiatischen Raum – darunter Iraker, Syrer und Afghanen – durch Belarus in Richtung Baltikum. Leidtragende Staaten sind vor allem Litauen, Lettland und Estland. Weder Belarus noch die baltischen Staaten wollen demnach die Flüchtenden auf ihr Staatsgebiet lassen. Sie befinden sich deshalb völkerrechtlich „im Niemandsland“, wie das Magazin „Spiegel“ kürzlich schrieb.

„Litauische Beamte und westliche Analytiker haben seit Wochen den scheinbar koordinierten Vorstoß des belarussischen Regimes zur illegalen Einwanderung in das winzige Mitglied der Europäischen Union (gemeint ist Litauen, Anm. d. Red.) verfolgt“, so „Defense News“ weiter. Die Migranten kämen dabei überwiegend aus dem Irak, dem Iran und Syrien.

Die belarussische Regierung betonte im Gegenzug mehrfach, dieses Vorgehen sei eine Antwort auf die Sanktionen, die Brüssel gegenüber Minsk verhängt hat. Etwa wegen angeblicher Manipulationen bei der letzten Präsidentschaftswahl in Belarus 2020.

Diese schwelende Patt-Situation in der Flüchtlingsfrage zwischen Minsk und Brüssel sei nur ein Puzzleteil in dem, was Beobachter einen potenziell schwierigen „Kontext für die ‚Sapad‘-Übung“ nennen.

Russische Regierungsvertreter betonen dagegen, die Übung werde keine Bedrohung für die Nato oder Europa darstellen. Der Bericht zitiert den belarussischen Generalstabschef Viktor Gulevich. Laut ihm wird mit dem Manöver „eine mögliche Krisensituation trainiert, die sich aus einem Konflikt ergeben kann, aufgrund zunehmender Aktivitäten verbotener bewaffneter Banden, separatistischer und internationaler Terrororganisationen, die externe Unterstützung genießen“.

Damit meinte der belarussische Militär etwa ausländische Unterstützung für die innenpolitische Opposition von Belarus um Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa. Die Nato und die US-Regierung zeigten sich vor allem besorgt darüber, ob das Manöver tatsächlich nur reinen Übungscharakter habe. Die Frage sei, ob Moskau damit nicht weitere außenpolitische und strategische Ziele in Osteuropa verfolge – etwa hinsichtlich der Ukraine.

So lautet ein Vorwurf des Ex-US-Generals Ben Hodges, einem pensionierten Oberstleutnant der US-Streitkräfte, der im Beitrag zitiert wird.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0c/3192167_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_62e7972c71ef71ac6384b35eb37d2e5e.jpg

de.rt.com: **Polnisches Parlament billigt restriktives Mediengesetz – USA drohen mit Investitionskürzungen**

Firmen aus Übersee sollen in Polen keine Mehrheitsbeteiligung an Radio- und Fernsehsendern halten dürfen. Das polnische Unterhaus hat einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet. Direkt betroffen ist der Discovery gehörende Nachrichtensender "TVN24". Das US-Außenministerium droht bereits mit Kürzungen von Investitionen. Polens Parlament hat ein neues Rundfunkgesetz gebilligt, das nach Ansicht von Kritikern die Pressefreiheit im Land einschränken könnte. Am Konflikt um diese Novelle war zuvor das nationalkonservative Regierungsbündnis gescheitert. Die PiS hat ihre absolute Mehrheit im Parlament verloren und muss künftig versuchen, eine Minderheitsregierung zu führen. Polnische Abgeordnete hatten am Mittwoch einen Gesetzentwurf eingebracht, der nach Ansicht der Opposition darauf abzielt, einen regierungskritischen Nachrichtensender in US-Besitz zum Schweigen zu bringen.

Washington hatte davor gewarnt, dass die Nichtverlängerung der Lizenz des Nachrichtensenders TVN24, der sich im Besitz von Discovery befindet, künftige Investitionen in Polen gefährden könnte. Oppositionspolitiker verurteilten den Gesetzentwurf als Angriff auf die Medienfreiheit.

US-Außenminister Antony Blinken erklärte, Washington sei "zutiefst beunruhigt" über die Verabschiedung des Gesetzes durch das Unterhaus des Parlaments, das sich gegen den meistgesehenen unabhängigen Nachrichtensender in Polen und eine der größten US-Investitionen in diesem Land richte.

"Große US-Investitionen in Polen binden unseren Wohlstand aneinander und erhöhen unsere kollektive Sicherheit", sagte er. "Dieser Gesetzentwurf bedroht die Medienfreiheit und könnte Polens starkes Investitionsklima untergraben", so Blinken in einer Erklärung.

Mit dem Mediengesetz soll das Verbot der Kontrolle polnischer Rundfunkanstalten durch Unternehmen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums verschärft werden. Das Gesetz wurde mit 228 Ja-Stimmen, 216 Nein-Stimmen und zehn Enthaltungen angenommen und wird nun an das Oberhaus des Parlaments, den Senat, weitergeleitet.

Der polnische Regierungssprecher Piotr Müller erklärte, dass Polen ähnliche Regeln wie andere Länder der Europäischen Union einführe und fügte hinzu: "Wir haben das Recht, Fragen des Kapitals so zu regeln, wie es das polnische Parlament für angemessen hält."

Die Muttergesellschaft von TVN24, TVN, gehört dem US-amerikanischen Medienkonzern Discovery Inc. über eine in den Niederlanden registrierte Firma, um das Verbot zu umgehen, dass außereuropäische Firmen mehr als 49 Prozent der polnischen Medienunternehmen besitzen dürfen.

Der Gesetzentwurf würde ein solches Arrangement verbieten und kam vor der Frist für die Erneuerung der Lizenz von TVN24 am 26. September ins Parlament.

In einem Tweet bezeichnete Grzegorz Schetyna, ein Abgeordneter der größten Oppositionspartei, der Bürgerplattform, die Abstimmung vom Mittwoch als "Angriff auf die Freiheit, einen Angriff auf die von der Regierung unabhängigen Medien".

Discovery bezeichnete die Entscheidung als "einen Angriff auf die zentralen demokratischen Prinzipien der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Medien und als direkte Diskriminierung von TVN und Discovery".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6114e0ee48fbef468a4af490.jpeg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 12.08.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 28. Brigade **Luganskoje** unter Einsatz von Artilleriesystemen des Kalibers 122mm beschossen und 12 Geschosse abgefeuert. Kämpfer der 72. Brigade haben zweimal **Jasinowataja** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse und eine Rakete mit einem Antipanzerraketensystem abgefeuert. Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Um weiteren Beschuss zu verhindern sowie angesichts der Gefahr, die durch Detonationen ukrainischer Geschosse für Leben und Gesundheit der Einwohner entstehen, waren die **Einheiten der Volksmiliz**, geleitet von den Punkten „d“ und „e“ der Zusatzkomplexes von Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands, **gezwungen, das Feuer zu erwidern, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.**

Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 27 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

ein Schützenpanzer aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade in Granitnoje; neun Luftlandeschützenpanzer, sieben Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Bogdanowka, acht T-64-Panzer in der Nähe von Timofejewka, ein Panzerschlepper in einem Wohngebiet von Krasnogorowka, ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von

Awdejewka. Die gesamte Technik ist aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade. **Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Wodjanoje zu blockieren.

Wir stellen weiter eine **Verstärkung der Konflikte zwischen dem Kommando der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und dem einfachen Personal** fest.

Nach uns vorliegenden Informationen hat nach einer Kontrolle der Frontpostionen der 13. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Peski durch eine Kommission des Stabs der OOS das Kommando des Verbandes den Auftrag erteilt, die entdeckten Defizite zu beseitigen, namentlich die bestehenden Positionen durch Verschalung der Wände der Durchgänge mit Holz und Verstärkung der Brustwehr durch Sandsäcke zusätzlich auszurüsten.

Dabei wurden keine Mittel zur Beseitigung der Defizite zugewiesen, sondern es wurde angewiesen, die Materialien auf Kosten der Soldaten zu kaufen.

Diese Entscheidung rief eine negative Reaktion beim einfach Personal des 13. Bataillons hervor, das Material auf eigene Kosten kaufen sollte und sich an die Militärstaatsanwaltschaft mit einer Beschwerde über die Handlungen des Kommandos wandte.

Derzeit führen Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes im Bataillons Ermittlungsmaßnahmen zu diesem Sachverhalt durch.

Es ist wichtig anzumerken, dass das Bataillons- und Brigadekommando die Informationen über die Ausgabe derartiger Anweisungen dementierte und die Schuld für die Überschreitung dienstlicher Vollmachten auf das untere kommandierende Personal – Kommandeure von Kompanien und Zügen – abschob.

Nach uns vorliegenden Informationen bereitet das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ derzeit eine weitere Provokation vor, die auf eine Destabilisierung der Lage an der Kontaktlinie gerichtet ist.

So werden derzeit 82mm- und 120mm-Mörsergeschosse auf die Positionen des 1. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade im Gebiet von Krasnogorowka geliefert, außerdem Munition für Schusswaffen und Granatwerfer. Der Transport erfolgt mit zwei Mitteln – mit militärischen Lastwagen verdeckt in der Nacht oder tagsüber mit einem Lastwagen mit Symbolen der Vertretung der Ukraine im GZKK.

Die Mörserinheiten der 28. Brigade haben den Auftrag, **chaotisches, nicht zielgerichtetes Feuer auf die Positionen der Volksmiliz** sowie die Umgebung von Staromichajlowka zu eröffnen, **um eine Erwidern des Feuers hervorzurufen**, die dann durch Videobeobachtungsmitteln aufgezeichnet werden wird.

Wir schließen nicht aus, dass die Ukraine die so erzeugten Videoaufzeichnungen beim nächsten Treffen der Kontaktgruppe am 26. August als Beweise für die Verletzung des Waffenstillstands von Seiten der DVR verwenden wird.

Wir rufen die ukrainische Seite auf nachzudenken, ob die gefälschten Beweise die Opfer unter den ukrainischen Kämpfern wert sind, die sie auf jeden Fall infolge unseres, wir unterstreichen, erzwungenen erwidern des Feuers erleiden werden?!

Wir fordern von den internationalen Beobachtern und der Weltgemeinschaft, eine Einstellung der Nutzung von Fahrzeugen mit Symbolen humanitärer Missionen zur Ausführung und Gewährleistung von Kampfaufgaben in der Konfliktzone durch die Ukraine zu erreichen!

de.rt.com: **Nordkorea bittet Russland um Hilfe: "USA trainieren für den Krieg"**

Die USA halten weiterhin an Militärübungen in Südkorea fest. Sie betonen, diese seien rein "defensiver Art". Für die nordkoreanische Regierung aber sind es "Übungen für den Krieg". Der nordkoreanische Botschafter in Russland bittet Moskau um Hilfe.

Der Koreakrieg endete in einem Waffenstillstand und keinem Friedensschluss. Zum 68. Jahrestags des Waffenstillstands eröffneten Nord- und Südkorea erneut ihre Kommunikationskanäle. Darauf hatten sich der südkoreanische Präsident Moon Jae-in und der Vorsitzende des nordkoreanischen Staatskomitees Kim Jong-un in einem geheimen Briefwechsel geeinigt. Angesichts der Militärübungen zwischen den USA und Südkorea aber herrscht erneut Funkstille.

Im April 2018 hatten sich die Regierungsführer der geteilten Koreas verständigt, sich regelmäßig zu treffen. Dies aber trat nicht ein. Stattdessen sprengte Nordkorea ein gemeinsames Verbindungsbüro, das Südkorea im Industriekomplex Kaesong in Nordkorea hatte bauen lassen. Dieser Schritt war eine Reaktion auf die anhaltenden Sanktionen gegen das Land. Das letzte Treffen mit dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump im Februar 2019 endete erfolglos. Vorschläge Washingtons, Nordkorea einen Weg aus der wirtschaftlichen und politischen Situation zu bereiten, blieben aus.

Es werden Stimmen laut, dass die Sanktionspolitik gegen Nordkorea nichts gebracht habe. Im Gegenteil sei hierdurch Nordkoreas Arsenal an Raketen und Nuklearwaffen noch gewachsen. Allein die Bevölkerung leide.

In Südkorea sind weiterhin rund 28.500 US-Soldaten stationiert. Auch in diesem Jahr finden wieder gemeinsame Militärübungen zwischen den USA und Südkorea statt, an denen Pjöngjang Anstoß nimmt.

Der nordkoreanische Botschafter in Russland Sin Hong-chol kritisiert in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS die jährlichen Militärübungen der USA mit Südkorea. Für Pjöngjang handelt es sich um "Übungen für den Krieg", die zur Destabilisierung der Region beitragen. Angesichts dieser Aggressionen werde man die Kooperation zwischen Nordkorea und Russland ankurbeln, so Sin.

Südkorea strebt in diesem Jahr einen Gipfel für den Dialog und die Zusammenarbeit mit Nordkorea an. Die Wiederaufnahme der Kommunikationsverbindungen sei der erste Schritt in diese Richtung. Normalerweise finden zweimal täglich kurze Gespräche über die Hotline statt. Im Zuge der Militärübungen soll die nordkoreanische Regierung nicht mehr geantwortet haben. Für Nordkorea schmälern die Militärübungen jede "Möglichkeit" einer gemeinsamen Zusammenarbeit. Kim Jong-uns Schwester Kim Yo-jong warnte, Frieden werde es erst dann geben, wenn die Militärausrüstung der USA aus Südkorea entfernt wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6114fcb0b480cc703b325745.jpg>

snanews.de: **Lawrow: Russland zieht aus der Unzuverlässigkeit des Westens einen ganz einfachen Schluss**

Russland hat aus der westlichen Sanktionspolitik nach Darstellung des Außenministers Sergej Lawrow gelernt, sich nur auf sich selbst zu verlassen. Laut Lawrow lässt sich das Land in

seiner Entwicklung nicht beirren, lässt zugleich aber auch Türen für mögliche Partner offen. So sagte der russische Außenminister bei einer Kulturveranstaltung auf der Halbinsel Krim am heutigen Donnerstag, dass Russland unter dem Druck der westlichen Sanktionen einen ganz einfachen Schluss gezogen habe: „Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Ukraine und den Sanktionen haben uns gelehrt, dass wir uns in unserer Entwicklung nur auf uns selbst verlassen können, wenn wir zugleich auch die Tür für alle Partner offen lassen, dabei aber in Erinnerung behalten, dass die aus dem Westen nicht zuverlässig sind und jederzeit abspringen können.“

Der Westen bestrafe Russland nämlich, seitdem er begriffen habe, dass das Land sich in seiner Entwicklung nicht beirren lasse.

„Unsere Linie zur Stärkung der eigenen Souveränität war erst auf Widerstand gestoßen. Und als dem Westen klar wurde, dass wir von dieser Linie nicht abzubringen sind, fing man an, uns zu bestrafen.“

Daher werde Russland eine Zusammenarbeit nur unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen eingehen, um keinen Schaden zu nehmen, „wenn einer der Partner auf einer bestimmten Etappe sich plötzlich entschließt, uns wofür auch immer zu bestrafen“. In solchen Fällen werde Russland sich auf eigene Kräfte verlassen.

Mehr Robustheit und Resilienz

Mit Blick auf die Importsubstitution, die nach Meinung einiger angeblich gescheitert sei, sagte Lawrow: „Russland ist der Aufbau seiner Landwirtschaft gelungen und in der Rüstungswirtschaft sind Abläufe eingeführt worden, die das Land von der ukrainischen Industrie unabhängig machen, ebenso wie von westlichen Partnern, die eine Monopolstellung im Technologiebereich einnahmen.“

Mit seiner Politik habe der Westen bewirkt, dass Russland an seinen wirtschaftlichen Defiziten arbeite, was der russischen Wirtschaft „eine wesentlich größere Robustheit und Resilienz“ verschaffen werde. Darum, „in Autarkie, Selbstisolation und Konfrontation“ zu verfallen, gehe es Russland aber nicht: „Nach wie vor sind wir bereit, mit allen zusammenzuarbeiten – ob bei der Erschließung unserer Verkehrskorridore, die sich jetzt aktiv entwickeln und erstarken werden, oder in der Ausarbeitung anderer Programme: in der Forschung, in der Technik, im Energiebereich.“

Parallel dazu äußerte der russische Außenminister sein Bedauern darüber, dass westliche Länder die „Steinzeitinstinkte“ der ukrainischen Führung begünstigen. Er erinnerte dabei an „diejenigen, die 2014 einen Umsturz in der Ukraine durchführten“, und ihre Forderung nach einer Vertreibung aller Russen von der Krim. Diese Forderung habe damals wie „Steinzeitmentalität“ angemutet, doch eben diese Forderung habe der derzeitige ukrainische Präsident Selenski vor wenigen Wochen wieder aufgegriffen.

Lawrow: „Wenn unsere westlichen Partner gezwungen sind, ihren Sinn für Realität hinter dem Begünstigen dieser Steinzeitinstinkte der jetzigen ukrainischen Führung hintenan zu stellen, dann tun sie mir einfach nur leid. Sie treiben sich selbst in eine Ecke, aus der herauszukriechen später sehr schwierig sein wird. Man wird da aber wieder herauskriechen müssen.“



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1a/1866391_0:41:3069:1767_1920x0_80_0_0_cf99e5032e516808fa619daa44b5b80f.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko am 12. August 2021

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Straftruppen des 2. Bataillons der 30. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Sinewitsch von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Nishneje Losowoje** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.

Infolge des Beschusses wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt**. Er befindet sich zur Zeit in einer medizinischen Einrichtung und wird qualifiziert ärztliche behandelt.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um eine Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Geleitet von den Anweisungen des Republikoberhaupt und Punkt „d“ der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung haben unsere Einheiten das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert** und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.

Die Verluste der ukrainischen Kämpfer werden noch ermittelt. ...

snanews.de: Lawrow zu Stereotypen über Russland: Russische Bären freier als Indianer in USA

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sieht nichts Schlimmes in solchen Stereotypen über Russland wie Bären, Wodka und Balalaika, da sie ein Lächeln und etwas Positives hervorrufen. Dies hat er während eines Treffens mit Jugendlichen im künstlerischen Zentrum „Tawrida“ auf der Krim am Donnerstag gesagt.

Auf die Frage, wie man die Haltung gegenüber „traditionellen Elementen der russischen Kultur“ ändern könnte, die oft weltweit und bei Russen selbst mit Spott wahrgenommen werden, antwortete Lawrow:

„Gott sei Dank, dass wir solche Symbole haben. (...) Unser Land wird einfach als Land von Balalaika und Wodka wahrgenommen. Erstens ist das ein Zeichen von Spaß und einer guten Lebenseinstellung. Und Bären sind ein Zeichen unseres Respekts vor der Natur.“

Laut Lawrow ist es viel besser, wenn dies ein Lächeln hervorruft und keine Assoziationen, die

bei vielen Menschen mit einem solchen amerikanischen Symbol verbunden sind wie Indianer. „Ihr Schicksal ist unvergleichbar schlechter als das Schicksal russischer Bären. Sie leben in Reservaten, unsere Bären aber laufen frei im ganzen Land umher“, so der Außenminister. Das künstlerische Zentrum „Tawrida“ vereint im Rahmen mehrerer Projekte Künstler aus ganz Russland, um ihr Potenzial im Bereich Kunst und Kultur zu realisieren.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0c/3195673_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_e79c00a4cb90a683dd77daf19bf101ac.jpg

de.rt.com: **Deutschland und USA fordern alle Bürger auf, sofort Afghanistan zu verlassen**

Das Auswärtige Amt fordert alle deutschen Bürger auf, Afghanistan umgehend zu verlassen. Die US-Botschaft in Afghanistan empfiehlt in einer zweiten Sicherheitswarnung ebenfalls allen US-Bürgern eine sofortige Ausreise. Die Taliban melden indessen die Einnahme von Kandahar und marschieren auf Kabul.

Das deutsche Auswärtige Amt fordert alle Bundesbürger auf, Afghanistan zu verlassen. Und: "Vor Reisen nach Afghanistan wird gewarnt". Das Auswärtige Amt betont auf seiner Homepage die Dringlichkeit:

"Deutsche Staatsangehörige vor Ort werden dringend aufgefordert, Möglichkeiten zur baldigen Ausreise mit Linienflügen zu nutzen."

Als Begründung argumentiert das Auswärtige Amt, "vor dem Hintergrund aktueller militärischer Auseinandersetzungen zwischen afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban" habe sich "die allgemeine Sicherheitslage zuletzt verschlechtert".

In ähnlicher Weise empfiehlt auch die US-Botschaft in Afghanistan, allen US-Bürgern das Land "sofort zu verlassen". Wenn ein US-Bürger sich im Augenblick außerstande sehe, ein Flugticket zu erwerben, solle er sich unmittelbar an die US-Botschaft wenden. Die Botschaft konstatiert aber, ihre aktuelle Fähigkeit zur Hilfestellung beschränke sich auf den Raum Kabul und sei auch dort nur "extrem limitiert".

Die US-Botschaft in Afghanistan schreibt auf ihrer Website:

"Erwägen Sie, Afghanistan auf dem schnellstmöglichen Weg über öffentliche Verkehrsmittel zu verlassen. Machen Sie einen Plan, der nicht auf Unterstützung durch die US-Regierung baut."

Die Meldungen des deutschen Auswärtigen Amtes und der US-Botschaft in Afghanistan können als Reaktionen auf den zügigen Vormarsch der Taliban gewertet werden. Laut Medienberichten kommen die Taliban immer näher an die afghanische Hauptstadt Kabul heran. Heute Morgen fiel die nur 150 Kilometer entfernte Provinzhauptstadt Gasni im Südosten des Landes an sie. Die Taliban verkündeten außerdem die Einnahme der Stadt Kandahar.

Der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig von der Kabuler Denkfabrik Afghanistan Analysts

Network äußerte gegenüber der dpa:

"Der Ring um Kabul zieht sich weiter zu."

Die Taliban hätten laut Ruttig nun zwei Optionen: "direkter Angriff oder abwarten, bis die Regierung in Kabul kollabiert". Angesichts der Lage, betont Ruttig jedoch, man könne nur hoffen, dass noch der Ausweg zu Verhandlungen gefunden werde, um weitere Opfer und Zerstörungen zu vermeiden.

Im Deutschlandfunk betonte die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ihre Besorgnis über den Vormarsch der Taliban. Diese machten "sehr schnell sehr große Raumgewinne", sagte die CDU-Politikerin und stellt fest:

"Deswegen sind das auch sehr, sehr bittere Bilder, gerade mit Blick auch auf unseren Einsatz in den vergangenen 20 Jahren."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61153fefb480cc4e3676aaf7.jpg>